



INTERVIEW MIT DEM PHPR-VORSITZENDEN

Sechs Fragen an den neuen PHPR-Vorsitzenden

Am 28. und 29. Mai 2015 gewannen die Kandidaten der GdP-Liste sechs von zehn Beamten-Listensitzen und den Sitz für die Tarifvertretung. Auf der konstituierenden Sitzung wurde Uwe Spallek zum PHPR-Vorsitzenden gewählt.

An dieser Stelle möchte ich dir im Namen der GdP-Mitglieder noch einmal zur gewonnenen Wahl gratulieren. Viele Kolleginnen und Kollegen kennen dich mittlerweile persönlich, trotzdem möchte ich dich bitten, kurz deinen polizeilichen und gewerkschaftlichen Werdegang zu skizzieren.

Dies mache ich natürlich gerne. Ich bin seit dem Jahre 1981 in der Polizei tätig. Meinen polizeilichen Werdegang begann ich als Wehrpflichtiger in der Bereitschaftspolizei und entschloss mich dort, auch beruflich Polizist zu werden. Nach dem Dienstanfängerlehrgang in Neustrelitz begann ich als Schutzpolizist zu arbeiten, absolvierte dann ein Studium an der ABV-Schule in Wolfen und war also kurz vor der Wende ABV.

Danach gab es verschiedene polizeiliche Verwendungen vom Streifeneinsatzdienst über Einsatz in der Kriminalpolizei, um in meiner letzten dienstlichen Verwendung als K-Techniker zu arbeiten. Gewerkschaftlich bin ich seit 1990 aktiv und bin seit dieser Zeit in verschiedenen Funktionen in der GdP tätig. Über Vertrauensmann, Kreisgruppenvorsitzender Mansfeld-Südharz bis hin zu einem der Stellvertreter im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand. Zurzeit bin ich Erster Stellvertreter des Landesvorsitzenden.

Du löst in der Funktion des PHPR-Vorsitzenden nach zehn Jahren Jürgen Naatz ab, den du in den letzten fünf Jahren als Stellvertreter unterstützt hast. Was ist für dich die größte Veränderung, jetzt, wo du den Vorsitz inne hast?

Es ist schon etwas völlig anderes, plötzlich in der ersten Reihe zu ste-

hen, wo es früher relativ komfortabel war, seine Meinung aus der zweiten Reihe zu äußern. Der Blickwinkel ist ein klein wenig ein anderer und auch die Wahrnehmung anderer Personen verändert sich, daran musste und muss ich mich gewöhnen.

Nun ist es auch nicht einfach, einen PHPR-Vorsitzenden wie Jürgen Naatz zu ersetzen, wichtig dabei ist, einen eigenen Weg zu finden und nicht den Versuch zu starten, etwas zu kopieren. Hilfreich war dabei natürlich die enge Zusammenarbeit mit Jürgen in den letzten fünf Jahren, ohne diese Schule wäre es kaum möglich, eine solche Position auszufüllen.

Aber unabhängig davon, ist die Tätigkeit eines PHPR-Vorsitzenden ganz eng angelegt an die Zusammenarbeit im PHPR und natürlich und vor allem mit seinem Vorstand. Hier wird PHPR-Tätigkeit gelebt und hier werden Entscheidungen erstritten. Maxime unseres Handelns muss dabei sein, Entscheidungen für unsere Kolleginnen und Kollegen zu treffen, daran werden wir am Ende gemessen.

Wir wissen alle, dass die Polizeistrukturenreform, die nur Organisationsfortentwicklung (OFE) genannt wird, die größte Herausforderung in den nächsten Jahren sein wird. Du begleitest die Reform von Anfang an als beratendes Mitglied in der Lenkungsgruppe. Wie siehst du den bisherigen Verlauf und die weiteren Vorhaben der OFE?

Am Beginn der Organisationsfortentwicklung standen ja ganz andere Fragen und Themenkomplexe als die, mit welchen wir uns jetzt beschäftigen. Rückblickend ging es damals um A-, B- oder C-Modelle und eine entsprechende Anzahl von Direktionen und Einrichtungen. Für uns als GdP war schon damals klar, dass wir einen weiteren Personalabbau verhindern müssen und dies im Beamtenbereich wie auch im Arbeitnehmerbereich.

Und dass es vor allem auch nicht sein kann, dass jede Kollegin oder jeder Kollege von A nach B durchschöne Sachsen-Anhalt geschickt werden kann. Am Ende haben wir

Fortsetzung auf Seite 2



Uwe Spallek auf dem 7. Landesdelegiertentag der GdP im Oktober 2014 in Halle/Peißen.

INTERVIEW MIT DEM PPHR-VORSITZENDEN

Fortsetzung von Seite 1

verhindern können, dass es einen radikalen Einschnitt in der gesamten Polizei des Landes gibt.

Dies war ein äußerst schwieriger Prozess, den auch nicht jeder verstanden hat. Das gipfelte dann wohl auch in dem Nichtabschluss einer entsprechenden Dienstvereinbarung, aber man kann Dinge, die im Detail schlecht sind, eben nicht unterzeichnen. Die damalige Form der Zusammenarbeit zwischen Innenministerium auf der einen Seite und Gewerkschaften auf der anderen Seite machte es manchmal unmöglich, sich am Prozess zu beteiligen.

Jetzt sind wir in einer völlig anderen Phase dieser OFE

Die Einführung der RBB bei den Gemeinden und Städten ist praktisch abgeschlossen, die RBBs arbeiten und dies auch zur Zufriedenheit eines großen Teiles der Bevölkerung. Die Strei-

fenbereiche sind eingerichtet und beginnen zu arbeiten, dies jedoch zulasten der Kriminalpolizei und der ehemaligen Verkehrsdienste und nicht zu vergessen zulasten der zentralen Einsatzdienste.

Es sind einfach nicht genug Polizeibeamte da und die kann man dann umschichten und verändern, aber mehr werden sie nicht. Es ist schick und positiv, dass die RBBs dem Bürger Sicherheit vermitteln und dass es entsprechende Anlaufpunkte für den Bürger gibt, aber es sind Kollegen, die ehemals aus anderen Bereichen kamen und dort auch Lücken hinterließen.

Die Streifenbereiche müssen sich noch so aufstellen, dass im gesamten Lande die Einsatzzeiten stimmen, nicht nur in Ballungsgebieten. Im Bereich der Kriminalpolizei und der ehemaligen Verkehrsdienste werden Zahlen von Verfahrensbelastung und Aufklärungsquote zu bewerten sein und im Moment sind diese Zahlen eindeutig am Steigen.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeit darf nicht zur Aktenverwaltung verkommen!

Dazu ist dieser Bereich zu wichtig. Die Zentralen Einsatzdienste sind personell unterbesetzt und werden wohl kaum alle auf sie zukommenden Aufgaben erfüllen können. Uns geht es dabei natürlich auch und vor allem um eine Aufgabenerfüllung im Einklang mit den Bedürfnissen unserer Kolleginnen und Kollegen. Es besteht schnell die Gefahr und der Verdacht einer deutlich unsozialen Ausnutzung der Ressource Mensch.

Darauf weisen hohe Anzahlen von Überstunden und hohe Krankenständen hin und dies ist am Ende ein Indiz dafür, dass die Anzahl der Polizeibeamten im Lande zu gering ist. Spätes-

tens bis zu den Landtagswahlen im Jahre 2016 muss man Zahlenwerte vorlegen können, um belastbar darzustellen, dass ein weiteres Abschmelzen des Personals nur zulasten der Sicherheit gehen kann, und eigentlich ist es nicht fünf vor zwölf, sondern schon fünf nach zwölf, unser Personal reicht schon nicht mehr und so schnell, wie man vielleicht möchte, kann man es nicht ersetzen. Polizisten werden ausgebildet und das dauert eben auch.

Nach den Plänen des MI sollen im Anschluss der Umstrukturierung der Polizei die Verwaltungsaufgaben analysiert, umstrukturiert und in vielen Fällen zentralisiert werden. Der aberwitzige Plan sieht vor, dass die Verwaltung in Zukunft mit 777 Stellen auskommen soll. Wie stellt sich das aus deiner Sicht dar und wie kann/wird der PPHR seinen Einfluss geltend machen?

In der eben beantworteten Frage zur OFE bin ich aus guten Gründen nicht auf die Verwaltung eingegangen.

Die Verwaltung ist existentiell für ein ordentliches Arbeiten der Polizei im Lande

Genau aus diesem Grunde verdient sie eine eigene Betrachtung. Von den 777 Stellen möchte ich gar nicht reden, für mich ist das illusorisch und auch nicht zu erreichen, ohne die polizeiliche Tätigkeit komplett in Gefahr zu bringen. Wer denkt, eine Polizei funktioniert ohne ein notwendiges Maß an Verwaltung, der irrt.

Dabei ist vor allem zu betrachten, wie vielschichtig die Tätigkeiten von Polizei und entsprechender Verwaltung verknüpft sind, auf die ich hier im Einzelfall gar nicht eingehen kann, da reicht weder Zeit noch Platz. Wenn, si-


DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle:
 Halberstädter Straße 120
 39112 Magdeburg
 Telefon: (0391) 6 11 60 10
 Telefax: (0391) 6 11 60 11
 E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
 Jens Hüttich (V.i.S.d.P.)
 Walter-Kersten-Straße 9
 06449 Aschersleben
 GdP-Phone:
 (01520) 8 85 75 61
 Telefon:
 (03473) 802985
 Fax:
 (0321) 21 04 15 61
 E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de
Verlag und Anzeigenverwaltung:
 VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der
 Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
 vom 1. Januar 2015
 Adressverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.
Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42.50, 47608 Geldern
 Postfach 1452, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87
 ISSN 0949-281X

NACHRUFE

Wir trauern um:

Hartmut Hartwig (61)	FH Pol
Wolfgang Boinski (62)	PD Nord
Siegfried Fricke (71)	PD Süd
Achim Lehnert (75)	PD Süd

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesvorstand




INTERVIEW MIT DEM PHPR-VORSITZENDEN

cherlich auch durch technischen Fortschritt, Dinge zentralisiert werden können, in der Bearbeitung darf das niemals dazu führen, dass diese Dinge abgekoppelt sind von einer menschlich sozialen Betrachtungsweise.

Konkret bedeutet dies, auch und vor allem die Angehörigen der Verwaltung können nicht kreuz und quer durch unser Land fahren, das ist unsozial und lange Fahrstrecken sind gestohlene Lebenszeit und diese fehlt am Ende in der Familie, und wer sich familienfreundlich darstellen will, und das will ja unser Land Sachsen-Anhalt, der muss auch entsprechend handeln.

Nur 777 Verwaltungstellen sind illusorisch!

Einen ersten Ausdruck, dass diese Erkenntnis auch im Innenministerium Raum greift, ist die Auswertung der Arbeitsgruppe Verwaltungszentralisierung, welche auch zu dem Ergebnis kommt, dass mit oben genannter Personalzahl die Arbeit nicht zu bewältigt ist.

Die Durchsetzung und Gewährung von familienfreundlichen Arbeitszeiten, unerheblich ob im Beamten- oder Arbeitnehmerbereich, ist natürlich ein Anzeiger für eben genannte These unseres Landes und dass es dabei klemmt und mit vorhandenem Personal immer schwerer zu realisieren ist, zeigt die Häufung derartiger Problemfälle an. Die Belange der Verwaltung stehen in der Tätigkeit des PHPR nicht hinter den Belangen der Polizeibeamten, sondern sind gleichwertig. Eine arbeitsfähige, zukunftsichere Polizei kann es nur mit einer funktionierenden Verwaltung, mit einer den Aufgaben entsprechenden Personalausstattung geben.

Trotz der OFE gibt es in der Polizei unseres Landes viele Aufgaben und Betätigungsfelder für den PHPR. Welche sind deiner Meinung nach die Wichtigsten, bzw. welchen wirst du dich zuerst widmen?

Ich möchte noch einmal betonen, PHPR-Tätigkeit ist Teamarbeit und aus diesem Gedanken heraus wachsen auch unsere weiteren Aufgabenbereiche und Betätigungsfelder. Man muss sich nur die Frage stellen, wo die Säge noch klemmt, dann kommt man schnell zu noch zu erledigenden Aufgaben.

Die Beförderungssituation in unserer Landespolizei ist so nicht hinnehmbar. Der Beförderungstau in der Laufbahngruppe 1 von A 8 nach A 9 ist eine Katastrophe, in der Laufbahngruppe 2

sieht es von A 9 nach A 10 nicht besser aus und man kann in allen anderen Besoldungsgruppen davon ausgehen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen schon so lange auf beförderungsfähigen, höheren Dienstposten sitzen und wahrscheinlich selbst schon nicht mehr daran glauben, in der verbleibenden Dienstzeit je befördert zu werden.



Uwe Spallek auf einer Demo.

Es genügt eben einfach nicht, einen höherwertigen Dienstposten zu bekommen (in einem Auswahlverfahren zu erkämpfen), wenn dieser nicht auch ausfinanziert ist. Das ist in hohem Maße demotivierend. Die Frage nach dem Eingangssamt A 7 in der Polizei ist dabei noch gar nicht gestellt und sollte wohl zumindest in A 8 verändert werden.

Wobei wir schon beim nächsten Problemfeld wären. Um befördert zu werden, muss man in einem Ranking in seiner jeweiligen Besoldungsgruppe weit vorne stehen, um dort zu stehen, muss man eine entsprechende Beurteilung haben, die Beurteilungspraxis ist oft undurchschaubar und ungerecht und noch ungerechter ist die Tatsache, dass man ja sowieso außerhalb einer A- oder B-Beurteilung kaum eine Chance auf eine Beförderung hat und seine Aufgaben trotzdem vernünftig erledigt. Motivation sieht anders aus.

Ich denke, man kann hier nicht jede Aufgabe und jedes Problem ansprechen, aber einige weitere Eckpunkte schon. Bedingt durch die angespannte Personalsituation kommt es zu vermehrtem Aufbau von Überstunden, bis zu welcher Menge ist dies noch als gesund zu bezeichnen und wann wird das Personal dadurch krank?

Möchten nicht auch die schichtdienstarbeitenden Kolleginnen und Kollegen Freizeit am Wochenende mit ihrer Familie verbringen und wie oft ist dies überhaupt noch möglich, oder regiert der Dienst schon bis in den letzten Zipfel der Familie?

Was ist mit unserem Krankenstand?

Die eben genannten Faktoren tragen einfach nicht dazu bei, unser Personal gesund zu erhalten, wir fahren auf Verschleiß und das rächt sich. Hinzu kommt, dass der Altersdurchschnitt unserer Polizei zu hoch und dieser natürlich nur durch erhöhte Neueinstellungen zu verbessern ist.

Ein Wunsch von meiner Seite aus an unsere Vorgesetzten wäre es, den kooperativen Führungsstil mit mehr Leben zu erfüllen und die Kolleginnen und Kollegen zu motivieren und in Entscheidungsprozesse mit einzu beziehen. Eine moderne Polizei muss modern geführt werden und dazu gehört Transparenz.

Zum Abschluss noch eine private Frage. Wie schaltest du von der täglichen Arbeit ab und wobei kannst du dich am besten erholen?

Gedanklich ganz abschalten ist, glaube ich, schwer, dazu bin ich möglicherweise charakterlich nicht geeignet, ich denke man kann nur versuchen, es zu beherrschen. Als ehemaliger Motocross-Fahrer habe ich schon noch viel Spaß auf einem Motorrad, jetzt allerdings eher auf der Straße. Den größten Teil meiner Freizeit versuche ich natürlich mit meiner Frau und unserem Weimaraner zu verbringen und dies, wenn es geht, bei langen Wanderungen in Wald und Flur. Zum Ende dieses Jahres wird noch einmal alles anders, mein Sohn und seine Lebensgefährtin erwarten Nachwuchs.

Vielen Dank für deine offenen Antworten. Obwohl ich nicht religiös bin, möchte ich das Interview mit einem bekannten Gebet von Reinhold Niebuhr beenden, das als Wunsch für deine Arbeit der nächsten Jahren gelten soll: „Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“

Jens Hüttich, Landesredakteur

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20150901



Gewerkschaft (in) der Polizei zwischen 1945 und dem 3. Oktober 1990

Anlässlich unseres GdP-Jubiläums veröffentlichen wir in den nächsten Ausgaben die Chronik der GdP.

Die Angehörigen der Polizei in der DDR waren zunächst Angestellte der inneren Verwaltung. Sie gehörten damit gewerkschaftlich der Industriegewerkschaft (IG) Öffentliche Betriebe und Verwaltungen (ÖBV) an, in der sie eine eigene Sektion Polizei bildeten. In allen Polizeidienststellen mit mehr als 20 Gewerkschaftsmitgliedern war eine Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) vorgesehen. Die Vereinbarung zwischen der IG ÖBV und der Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) vom 7. 5. 1947 gewährte den BGL weitgehende Mitbestimmungsrechte. Diese wurden in den folgenden Jahren durch die Zentralisierung der Volkspolizei (VP), die Bildung von Politorganen und die damit verbundene unmittelbare Einflussnahme der SED in allen Dienststellen sowie die Auflösung der Betriebsräte 1948 immer mehr abgebaut.

Gegen den Widerstand der Gewerkschaft setzte sich die Auffassung der SED unter Führung Walter Ulrichs durch, dass die besonderen Einsatzbedingungen der Polizei eine Mitbestimmung ausschlossen. Eine gemeinsame Erklärung der DVdI sowie des Vorstandes der IG ÖBV vom 29. 7. 1949 beendete die Gewerkschaftsarbeit in der Polizei ab 1. 8. 1949. Die Mitgliedschaft wurde für die Dauer des Dienstverhältnisses als ruhend angesehen.

Für die Zivilbeschäftigten bei der Polizei waren keine Regelungen vorgesehen. Sie schlossen sich zunächst den örtlichen Grundorganisationen des FDGB an. Später wurde für sie ein eigener Kreisverband in der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK) geschaffen.

Im Herbst 1989 forderten auch die Angehörigen der VP die Wiederherstellung ihrer aktiven Gewerkschaftsmitgliedschaft. Sie bildeten am 10. 12. 1989 eine Koordinierungsgruppe „Gewerkschaftlicher Neubeginn“ und demonstrierten am 12. 12. 1989 vor dem Innenministerium in Berlin.

In einer Gemeinsamen Erklärung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ministeriums für Inne-

re Angelegenheiten wurde am 15. 1. 1990 die mit der Erklärung vom 26. 7. 1949 eingeführte ruhende Mitgliedschaft für die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug aufgehoben. Damit war der Weg frei für die Bildung einer Polizeigewerkschaft.

Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP)

Die Gründungskonferenz der Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) wählte einen Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des 1. ordentlichen Kongresses. Mit dem Geschäftsführenden Vorstand (GV) des Gewerkschaftlichen Dachverbandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) wurde Übereinstimmung erzielt, dass es sich bei der GdVP nicht um eine Neugründung handele, da die Polizeiangehörigen zum Teil bereits eine – wenn auch ruhende – FDGB-Mitgliedschaft besaßen.

Der 1. Kongress der GdVP fand am 31. 3./1. 4. 1990 in Aschersleben statt. Er beschloss die Satzung und wählte den Vorstand, dessen Vorsitzender Guido Grützemann wurde. Mit Beschluss vom 18. 4. 1990 wurde die

GdVP offiziell als Mitglied des Gewerkschaftlichen Dachverbandes FDGB anerkannt. Die GdVP hatte Ende März 83.288 Mitglieder.

Noch in der Gründungsphase trennte sich die Sektion Feuerwehr von der GdVP.

Ein außerordentlicher Kongress der GdVP beschloss am 29. 9. 1990, die Gewerkschaft mit Wirkung vom 30. 9. 1990 aufzulösen. Eine ausdrückliche Orientierung der Mitglieder auf den Übertritt zur Gewerkschaft der Polizei im DGB wurde nicht gegeben, ergab sich aber als Präferenz aus den weiteren Beschlüssen zur Abwicklung der Organisation.

Gründung der „GdVP“

Die Gründungsversammlung der GdVP fand am 20. 1. 1990 in der Turnhalle der Hochschule der VP in Berlin-Biesdorf statt. Daher wird sie gelegentlich auch als Turnhallenkonferenz bezeichnet. Diese Versammlung war zunächst dazu gedacht, sich mit Vertretern aller Dienststellen der Volkspolizei abzustimmen, ob und wie eine gewerkschaftliche Organisation ins Leben gerufen werden soll, sie endete mit der Gründung der GdVP.

Fortsetzung auf Seite 7

Gemeinsame Erklärung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ministeriums für Innere Angelegenheiten

Im Prozeß der demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft: leisten die Angehörigen und Zivilbeschäftigten der Deutschen Volkspolizei und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug auf der Grundlage der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik einen entscheidenden Beitrag zur Gewährleistung von Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit.

Die weitere konsequente Erneuerung im Ministerium für Innere Angelegenheiten und seinen Organen erfordert die Ausgestaltung des demokratischen Mitspracherechts aller Mitarbeiter auf der Basis gewerkschaftlicher Interessenvertretungen. Diesem Anliegen Rechnung tragend, erklären der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und das Ministerium für Innere Angelegenheiten:

1. Mit sofortiger Wirkung wird die mit der Erklärung vom 26. Juli 1949 eingeführte ruhende Mitgliedschaft für die in einem Dienstverhältnis befindlichen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug aufgehoben. Die in dieser Erklärung getroffenen Festlegungen zur Anrechnung der Mitgliedschaft werden weiterhin anerkannt.
2. Die Aktivierung der Mitgliedschaft im FDGB erfolgt vorläufig über die Grundorganisationen der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft, in denen die Zivilbeschäftigten der jeweiligen Dienststelle bzw. Schule organisiert sind. In welcher einheitlichen, eigenständigen Gewerkschaft die Mitglieder sich zukünftig organisieren wollen, obliegt im weiteren ihrer eigenen demokratischen Entscheidung.

Mit dieser Erklärung des FDGB und des MfIA wurden die ruhenden Mitgliedschaften der VP-Angehörigen aufgehoben.



GEMEINSAM FÜR MEHR SICHERHEIT

Senioren-Sicherheitsberater und RBB trafen sich in Möser

Sie sind organisiert bei der GdP, der DPoIG, bei Verdi, kommen aus Magdeburg, Jersleben, Parchen, Möser und haben alle ein Anliegen: Mehr Sicherheit für die Bürger in unserem Land.

Die Gruppe der Senioren-Sicherheitsberater (SSB) gründete sich 2001 in der Landeshauptstadt und ist mit ihren derzeit neun Mitgliedern über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus aktiv.

Damals waren sie unter dem Motto „Senioren beraten ältere Menschen zu Fragen der persönlichen Sicherheit“ angetreten und hielten überwiegend Vorträge bei der Volkssolidarität, der Arbeiterwohlfahrt, dem Malteser Hilfswerk und anderen Senioren- und Alten-Servicezentren. Zwischenzeitlich werden ihre Informationsveranstaltungen zu den „Tricks der Gauner und Ganoven“ von den unterschiedlichsten Vereinen und sogar von Gemeinden angefordert.

Das Treffen der Senioren-Sicherheitsberater fand im vergangenen Monat in Möser statt. Mit von der Partie waren die für diese Region zuständigen Regionalbereichsbeamten (RBB) Karl-Heinz Fröhlich und Steffen Zarschler. Das interessante Thema und der nicht alltägliche Ort der Beratung waren Anlass für einen Journalisten der Volksstimme, über die SSB zu berichten. Aus den Pressemeldungen des gesamten Landes werden monatlich alle Fälle vorgestellt, die einen Präventionsansatz bieten und die aktuell in die Vorträge eingebaut werden können.

Die Anwesenheit der RBB und ihre Angaben zu den lokalen Besonderheiten bereichern die monatlichen Beratungen und führen zu einem engeren Kontakt. Da Kriminalprävention in der neuen Struktur der Polizei Sachsen-Anhalts in den Verantwortungsbereich der RBB fällt, kommt es immer häufiger zu gemeinsamen Aktionen. Das Schöne daran; es bringt nicht nur etwas für die Besucher der Veranstaltungen, es macht auch den Referenten Spaß. Wenn es da den einen oder anderen unter den ehemaligen Polizeibeamten geben sollte, der mit Ruhestand nicht nur die Pflege seines Gartens verbindet, so ist er bei den Senioren-Sicherheitsberatern herzlich willkommen. Kontakt: wolfgang.jung@

mdcc-fun.com, lothar.schirmer@web.de, Handy: 01 74/7 54 31 70.

Jahresstatistik 2014 der SSB:

Bei 90 Vorträgen und 27 Ausstellungen wurden insgesamt 6.430 Personen erreicht.

- Weitere Aktivitäten:
- 19 Presseveröffentlichungen
 - 20 Radiobeiträge
 - 7 Fernsehauftritte
 - 25 Veröffentlichungen im Internet

Lothar Schirmer

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20150903



Walter Könnecke, Dirk Jakob, Thomas Rauwald (Volksstimme), Hans-Joachim Weyland, Werner Später, Karl-Heinz Fröhlich, Steffen Zarschler (v. l. n. r.)

Achtung! Vollmacht schon ausgefüllt?

Um die GdP-Mitglieder weiter in dieser Sache vertreten zu können, benötigen wir eine Vollmacht des Betroffenen und weitere Angaben. Dazu hatten wir jedes Mitglied angeschrieben und eine Vollmacht übersandt.

Wir bitten, diese zu kopieren und ausgefüllt, mit Unterschrift, im Original direkt an das Landesbüro zu senden oder uns über die Kreis- bzw. Be-

zirksgruppe zuzuleiten. Wer kein Formular erhalten hat, kann sich direkt an seine Kreis- bzw. Bezirksgruppe oder an das Landesbüro wenden.

Übrigens gehen wir davon aus, dass die ersten Betroffenen ihre Entschädigung in den nächsten Tagen erhalten.

Der Landesvorstand

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20150904

Anzeige



City
Übersetzungen

Keplerstraße 1 · 39104 Magdeburg
Tel. 0391/69678643 · Fax 0391/69678646

24-Stunden-Dolmetscherservice
für alle Sprachen





Interaktiver Funkstreifenwagen in ...

... Sachsen-Anhalt

Bereits Anfang der 90er-Jahre gab es in Sachsen-Anhalt mit dem System MOPS Versuche, mobile Rechartechnik im Polizeialltag zu verwenden. Auf einem Tablet wurden vorwiegend Verkehrsunfälle und einfache Anzeigen mit Formularen vor Ort erfasst.

Da es sich um ein Offlinesystem handelte, mussten die erfassten Formulare in der Dienststelle eingesehen und weiterverarbeitet werden. Von echter Interaktivität konnte auch nicht gesprochen werden. Die Handhabung mit Tablet-Stiften und die Handschriftenerkennung funktionierten auch nicht so richtig. Deshalb und wegen weiterer technischer Probleme wurde das Projekt nicht weiterverfolgt.

Im Jahr 2007 wurde dann ein Projekt ins Leben gerufen, mit dem ein sicherer Zugang über das Internet ins geschützte Datennetz des Landes und ins Polizeinetz möglich sein sollte. Dieses Projekt erhielt den Namen SALSA (Secure Access Land Sachsen-Anhalt) und wird seit 2008 von der Polizei (jetzt auch von den RBBs) und der Landesverwaltung genutzt.

Mit dem Neuaufbau der Lage- und Führungszentren in Polizeidirektionen und dem Aufbau der Einsatzleitsysteme (ELS) und dem Digitalfunk ab 2011 wurde es möglich, Einsatzdaten an entsprechend ausgerüstete Fahrzeuge zu schicken.

Der Auslöser für das Projekt „interaktiver Funkstreifenwagen“ (iaFustw) war aber letztendlich die Polizeistrukturreform, die in unserem Land nur „Organisationsfortentwicklung“ (OFE) genannt werden darf.

Durch den Abbau von Polizeistationen und Revierkommissariaten und dem immer kleiner werdenden Personalbestand sollen polizeiliche Arbeiten von den eingesetzten Beamten soweit wie möglich vor Ort erledigt werden, ohne in eine Dienststelle fahren zu müssen. Dies ist die Hauptforderung an den iaFustw. Es kommen eine bessere Kommunikation zwischen Streifenwagen und LFZ und ein transparenteres Einsatzmanagement als Aufgabe hinzu.

Kein Baustein des iaFustw ist für sich genommen etwas Neues. Aber zum ersten Mal wurden die Komponenten Fahrzeugsondertechnik, Digitalfunk, Car-PC und mobiler Arbeitsplatz zu einem funktionierenden System verbaut.

Bei diesem Projekt konnte auf die jahrelangen Erfahrungen der Kollegen in Brandenburg zurückgegriffen werden. Im Gegensatz zu dem sächsischen Projekt hat sich unsere Projektgruppe nicht für Kombi-Pkws, sondern für die geräumigeren „Bullis“ entschieden. Das vereinfacht den Einbau der Technik und schafft wesentlich mehr Platz zum Arbeiten für die eingesetzten Beamten.

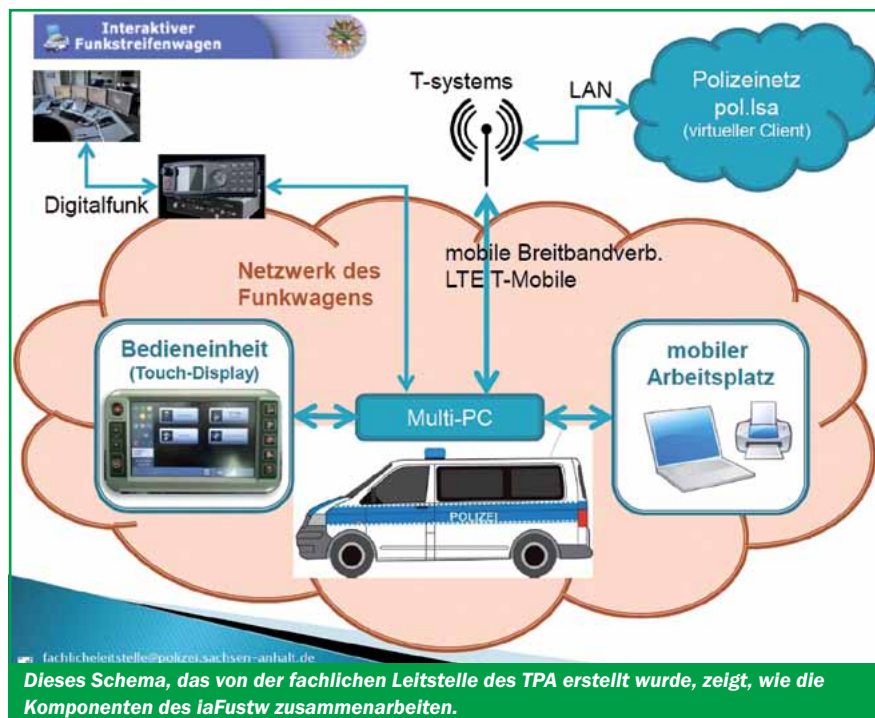
Seit dem 29. April 2015 sind drei Fahrzeuge in den PD Süd im Einsatz. Wie in der unten stehenden Grafik zu erkennen ist, gleicht unser iaFustw in seiner Funktionsweise sehr dem sächsischen Modell (siehe August-Ausgabe). Die Daten der Leitstelle kommen über den Short-Data-Service (SDS) zum Fahrzeug und werden auf einem 7"-Touch-Display angenommen. Darüber werden auch das Navi, die Sondersignalanlage, der Funk und Rückmel-

dungen zum ELS gesteuert. Der Multi-PC im Fond hält über das LTE-Netz ständig eine gesicherte Verbindung ins Polizeinetz. Für eine stabile Netzverbindung, auch bei schlechter Netzversorgung, sind an den Fahrzeugen Diversity-Antennen verbaut.

Im Fond stehen ein Laptop und ein Drucker zur Verfügung, die aus Sicherheitsgründen nicht während der Fahrt benutzt werden dürfen. Auf dem Laptop selbst sind keine Anwendungen installiert. Über den Multi-PC und das LTE-Netz werden Remote Desktops auf virtuellen Maschinen im Polizeirechenzentrum genutzt. Dadurch stehen ALLE polizeilichen Anwendungen zur Verfügung!

Auf rechtlicher Seite gibt es auch noch Klärungsbedarf. So ist beispielsweise die Kamerafunktion deaktiviert, obwohl diese bei vielen Einsatzszenarien hilfreich wäre.

Noch in diesem Jahr sollen zehn weitere iaFustw beschafft und eingesetzt werden. Wir als Gewerkschaft werden diesen neuen Arbeitsplatz und seine Auswirkungen für unsere Kollegen genau beobachten. **Jens Hüttich**



25 JAHRE GdP SACHSEN-ANHALT

Fortsetzung von Seite 4

Es wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuss gebildet, der die notwendigen Arbeiten zur Vorbereitung und Einberufung des Gründungskongresses der GdVP, bis 15. 3. 1990, erledigen sollte.

Diesem vorläufigen Arbeitsausschuss gehören u. a. an:

- Guido Grützemann (Hauptwachmeister der VP) als Vorsitzender,
- Klaus Kühner (Oberlöschmeister) als Stellvertreter,
- Rainer Herrmann (Oberleutnant der K) als stellv. Organisation,
- Klaus Hanisch (Oberleutnant der K) für den Bezirk Halle und
- Thomas Friedrich (Oberleutnant der VP) für den Bezirk Magdeburg.

Es gab nun eine neue Situation. Es gab einen Dachverband, die GdVP, aber die Basisorganisationen waren noch nicht gebildet. In den Dienststellen musste das schnellstens nachgeholt werden und auch in den Bezirken mussten die entsprechenden Maßnahmen zur Bildung der Bezirksvorstände schnell erledigt werden. Galt es doch auch bei den Chefs und Leitern der Bezirksbehörden und gleichgestellten Einrichtungen, die Vertretung der Kolleginnen und Kollegen durch entsprechende Gremien der Gewerkschaft zu sichern.

Am 24. 1. 1990 erklärte der Minister für Innere Angelegenheiten, Generalleutnant Lothar Ahrendt, seinen Eintritt in die der GdVP.

Am 7. 2. 1990 unterzeichneten der Minister und der Vorsitzende des vorläufigen Arbeitsausschusses der GdVP,

Guido Grützemann, eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit, die sich stark an das Bundespersonalvertretungsgesetz anlehnte. Sie sichert der GdVP die Beteiligung am Erlass von Rechtsvorschriften und die Mitbestimmung bei internen Festlegungen zu den Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Angehörigen und Zivilbeschäftigten der Deutschen Volkspolizei.

In dieser Vereinbarung wird auch festgehalten, dass die GdVP kostenlos Diensträume und Fernsprechmittel des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (MfIA) benutzen darf. Gleichzeitig wurde die bezahlte Freistellung von Mitarbeitern für die Gewerkschaftsarbeit im Bereich des MfIA geregelt.

In dieser Zeit fanden in den Dienststellen, trotz erheblicher Belastung der Angehörigen der Volkspolizei, die Gründungen der Grundorganisationen der GdVP statt.

Am 2. 2. 1990 hatte der Vorläufige Arbeitsausschuss in einem Rund-

spruch gebeten, ihn in einer Urabstimmung zu legitimieren, über den 15. 3. hinaus zu arbeiten, um den 1. Ordentlichen Kongress der GdVP am 31. 3. 1990 durchführen zu können.

Vor diesem Hintergrund fanden am 14. 2. 1990 in den Bezirksstädten, u. a. in Halle und Magdeburg, Demonstrationen unter Beteiligung der GdVP zur Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes noch vor den Volkskammerwahlen am 18. 3. 1990 statt. Wichtigste Forderungen waren: Tarifverhandlungsrecht, Streikrecht, Demokratisierung der Volkspolizei.

Gründung der GdVP in den Bezirken Magdeburg und Halle

Zur Vorbereitung des 1. Kongresses der GdVP hat es im Bezirk Magdeburg frühzeitig in allen Dienststellen Versammlungen gegeben, in denen neben den Vorständen auch die Delegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt wurden. Diese fand in Magdeburg am 19. 2. 1990 statt. Thomas Friedrich wurde mit 76 % der anwesenden Delegierten zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Auch die Delegierten zum 1. Ordentlichen Kongress der GdVP wurden gewählt.

Im April und Mai fanden in den Bezirken die Delegiertenkonferenzen der GdVP zur Wahl der Bezirksvorstände statt. Diese erfolgt im Bezirk Halle am 5. 5. 1990.

In den nächsten Ausgaben wird der Artikel fortgesetzt.

Uwe Petermann, Landesvorsitzender

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20150902



SENIORENTERMINE

Seniorengruppen der PD Ost Bereich Dessau

am 25. 11. 2015 um 17 Uhr im Bistro „Merci“, Am Lustgarten 6 – 8 in Dessau.

Bereich Sandersdorf

am 16. 9. 2015 und am 29. 9. 2015 von 10 bis 12 Uhr Bowling auf der Bundeskegelbahn in Sandersdorf.

Bereich Wolfen

am 1. 9. 2015 und am 3. 11. 2015 um 15 Uhr Versammlung in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen.

Bereich Wittenberg

am 15. 9. 2015 Wanderung und Seerundfahrt auf der Goitsche mit Partnern, Teilnehmermeldung* bis zum 1. 9. 2015, und am 26. 10. 2015 Bowlingnachmittag mit Ehepartnern, Teilnehmermeldung* bis zum 13. 10.

2015 (*Peter Lembke Tel.: 0 34 91/ 40 37 41).

Seniorengruppen der PD Nord Bereich PD Haus

am 21. 9. 2015 und am 16. 11. 2015 um 14 Uhr im Alten- und Servicecenter Sudenburg der Volkssolidarität, Halberstädter Str. 115.

Bereich Bernburg

am 12. 11. 2015 Versammlung jeweils um 14 Uhr in „Lauf's Restaurant“, Zepziger Weg 3 in Bernburg.

Seniorengruppen der PD Süd

Seniorengruppe PD Haus/Revier
am 9. 9. 2015 und am 7. 10. 2015 um 14.30 Uhr in der Begegnungsstätte „Zur Fähre“ der Volkssolidarität, Böllberger Weg 150 (zu erreichen mit der Straßenbahnli-

nie 1 und 10, Haltestelle: Eiskellerplatz).

Seniorengruppe Saalekreis

am 14. 10. 2015 um 10 Uhr Kegeln in Schkopau und am 26. 11. 2015 um 10 Uhr 2. Pokalturnier im Kegeln in Schkopau.

Seniorengruppen des LKA

am 25. 10. 2015 um 16 Uhr Skat- und Romméabend in der Gaststätte „Zum Ferchlander“, im Ferchlander Weg 5 in Magdeburg, und am 25. 11. 2015 Weihnachtsfeier, die Zeit und der Veranstaltungsort werden rechtzeitig per Einladung mitgeteilt.

Seniorengruppen der FH Pol

am 18. 11. 2015 um 17 Uhr Jahresausklang im Schnitzelhaus (ehem. Lilly's Eiskaffe) in Aschersleben.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine



GELACHT ODER NACHGEDACHT

Es gibt ja nichts, was man nicht durch ein klein wenig Nachdenken verkomplizieren kann!

Der Landesvorstand

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20150905

REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 10/2015 ist

Freitag, der 4. September 2015,

und für die Ausgabe 11/2015 ist es

Freitag, der 2. Oktober 2015.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA

